

Echo vom Berg

Wie viel mehr wert sind zwei Staatsräte wirklich?

Der Machttrieb zu den staatsrätlichen Futtertrögen verleitet dazu, sogar eine fortschrittliche Verfassung aufs Spiel zu setzen.

Im rührigen Verfassungsrat werden schon seit geraumer Zeit die Weichen für ein neues Wallis gestellt. Was man so von Sitten herauf mitbekommt, lässt durchaus auf bemerkenswerte soziale und gesellschaftliche Fortschritte hoffen, die in aller Regel vom weltoffeneren Unterwallis gegen die stockkonservativen Blöcke (wohlverstanden Blöcke und nicht Böcke) aus dem Oberwallis durchgesetzt werden müssen.

Dann und wann ahnt man aber auch Böses. Da werden auf dem heiklen Feld der Verfassung politische Tretminen platziert, die leicht explodieren und dem schönen Projekt am Ende an der Urne die Beine abreißen könnten. Dazu zähle ich definitiv den Vorschlag, die Zahl der Staatsräte von fünf auf sieben zu erhöhen.

Wie denken Sie darüber, geneigte Lesende? Brauchen wir wirklich sieben Staatsräte? Haben wir nicht bereits zu viele Staatsräte von links bis rechts, die verwalten statt gestalten? Wo doch schon ein Heer von 10 500 Personen auf der Lohnliste des Staats steht und jährlich die erkleckliche Summe von mittlerweile etwas über 1000 Millionen Franken Personalausgaben verarbeitet.

Das Ende von 150 Jahren faktischer Einparteienregierung im Wallis befeuert die Wahlfantasien von politischen Gruppierungen und regionalen Kreisen, die im etwas zu vierfarbigen Regenbogenkabinett noch aussen vor sind. Da kämen im Machtkalkül zwei Staatsratssitze gerade recht. Egal, ob alle durchschauen, dass es in der Frage nicht um mehr Regierungsleistung geht, sondern nur darum, die Chancen zu verbessern, auch an den staatsrätlichen Futtertrog zu kommen – koste es, was es wolle.

Koste es, was es wolle? Kürzlich konnte man lesen, ein Staatsrat mehr koste zwei Millionen Franken. Ja, das könnte gerade so hinkommen, wenn man einäugig nur den Staatsratslohn – einen der höchsten unter den Kantonsregierungen in der Schweiz – die Sekretärin des Departementsvorstehers, den persönlichen Mitarbeiter, den Chauffeur, den Dienstwagen und ein paar weitere Goodies zusammenzählt und alles andere geflissentlich übersieht.

In Tat und Wahrheit darf man zur vorigen Zwei ruhig eine Null dazustellen, womit wir schon bei 20 Millionen Fran-

ken wären. Denn was ein richtiger, wichtiger Staatsrat sein will, der trachtet nach mehr: nach einem ausgewachsenen Departement mit einem Stab, einer Verwaltungs- und Rechtsabteilung, ein paar gut dotierten Dienststellen, und möglichst vielen Mitarbeitenden nach dem Motto: Viele gute Indianer machen den Häuptling feist.

Aber aufgepasst: Wir sind erst auf dem halben Weg zur Kostenwahrheit. Um die gut gepolsterte Departementsausstattung zu rechtfertigen, muss dann und wann auch ein neues Gesetz her, eine neue Verordnung, ein neues Reglement, eine Reorganisation, ein Aktionsplan, am besten alles sekundiert und legitimiert durch flott honorierte externe Experten. Egal, ob es zu etwas gut ist oder nicht. Hauptsache, vom Parlament über die Gemeinden, die Institutionen bis hin zum Stimmvolk werden alle beschäftigt.

Wenn man alles bedenkt, kosten uns zwei Staatsräte mehr im bürokratischen Vollbetrieb gut und gern 100 Millionen Franken pro Jahr. Was natürlich niemand zugibt – und wenn, dann salopp damit abtut, das wären ja nicht ein-

mal 2,5 Prozent der gesamten Kantonsausgaben pro Jahr.

Unverbesserlich und eigennützig male ich mir aus, was man mit 100 Millionen Franken Sinnvolles bewerkstelligen könnte: die eine oder andere Dorfschule (wieder-)eröffnen, Dorfläden erhalten, die Tarife des öffentlichen Verkehrs senken, die dezentrale Gesundheitsversorgung fördern, die zu teuren Kitas verbilligen oder Wohnungen und Altersheime etwas bezahlbarer machen.

Dazu braucht es keine zwei Staatsräte mehr. Stattdessen eine buchstäblich gute Verfassung, die hilft, die Zukunft zu meistern.



Beat Jost, 1954, ist Gemeindepräsident in Albinen und war Journalist, Gewerkschafter und Grossrat. beat.jost@albinen.ch

Kolumne

Keine richtigen Geschäfte im falschen Krieg?

Schweizer Professoren für Wirtschaftsethik fordern den Abbruch von Geschäftsbeziehungen mit Russland. Zu Recht?

Shell, Ikea, Apple, Adidas und viele weitere Unternehmen ziehen sich aus dem Russlandgeschäft zurück. Damit kommen sie ihrer moralischen Pflicht nach, durch ihr Handeln friedensstiftend zu wirken. So lautet zumindest die These der Professoren für Wirtschaftsethik an den Unis St. Gallen, Lugano und Lausanne. Für sie gibt es kein richtiges Geschäft im falschen Krieg. Unternehmen, die sich nicht aus Russland zurückziehen, geraten unter enormen öffentlichen Druck und riskieren Reputationsschäden. Doch ist bleiben wirklich unethisch? Oder gibt es vielleicht doch gute Gründe, weiter in Russland zu wirtschaften?

Unternehmen, die sich darauf berufen, dass es schlicht nicht ihre Angelegenheit sei, sich als Wirtschaftsakteure in Politik und Gesellschaft einzumischen, sind in ihrem Wirtschaftsverständnis im letzten Jahrhundert stecken geblieben. In einer Zeit vor gut 50 Jahren, als der Ökonom Milton Keynes noch propagierte, dass die

Gewinnmaximierung die einzige soziale Verantwortung eines Unternehmens sei. Unternehmen können sich heute nicht mehr als unabhängige Akteure verstehen. Die Gemeinschaft erwartet, dass sie sich sozial und ökologisch verantwortungsvoll verhalten. Firmen, die sich mit dem «Nicht mein Bier»-Argument aus der Affäre ziehen wollen, machen es sich zu einfach und disqualifizieren sich selbst.

Schon eher können Unternehmen mit ihrer Verantwortung gegenüber Mitarbeitenden, Kunden, Lieferanten oder Aktionären argumentieren. In Russland gehen durch den Rückzug vieler Unternehmen Arbeitsplätze verloren. Die bereits arme Bevölkerung leidet unter der Inflation und muss auf viele Güter verzichten. Natürlich sollen Unternehmen ihre ethischen Verpflichtungen gegenüber ihren Anspruchsgruppen ernst nehmen. Doch diese Verpflichtungen sind kein Blankoschein, um die Geschäfte in Russland weiterzuführen. Eine Güterabwä-

gung muss breiter gefasst sein und die Folgen für die Kriegsoffer miteinbeziehen.

Was sollen Unternehmen also tun? Der Wirtschaftsethiker Joachim Fetzer schlägt ein Gedankenexperiment vor. Dieses verlangt, sich eine wünschenswerte Zukunft vorzustellen und die Handlungen auf diese Zukunft auszurichten. In seinem Experiment denkt er sich das gute Ende als eine Ukraine im Frieden und ein Russland in der Nachkriegs-Ära, vielleicht eine Nach-Putin-Ära. Unternehmen sollen ihre Massnahmen und Investitionen auf diese gute Zukunft hin ausrichten und Russland nur mit guten, abgewogenen Gründen verlassen. In diesem Experiment gibt es keine Pauschallösung. Das Resultat wird für jede Branche, ja wahrscheinlich für jedes Unternehmen anders aussehen.

Bevor eine Nach-Kriegs-Ära wahr wird, muss die Wirtschaft wohl neben den staatlichen Wirtschaftssanktionen weiter

dazu beitragen, Putin die finanziellen Mittel für seine Kriegsmaschinerie zu entziehen. Sich neutral zu geben, wegschauen, vorgeschobene Verantwortung oder finanzielle Einbussen sind keine ausreichenden Gründe, um in Russland zu bleiben. Doch vom guten Ende her gedacht, ist mehr als eine Radikallösung und vielleicht sogar eine Anschubinvestition in ein friedliches Post-Putin-Russland möglich.



Manuela Gsponer-Gsponer, 1977, wohnt in Brig und ist selbständige Kommunikationsberaterin. manuela@gsponer-gsponer.ch

ANZEIGE

Der IWF senkt seine Wachstumsprognosen

Der Internationale Währungsfonds (IWF) rechnet nun für 2022 und 2023 mit einem weltweiten Wachstum von 3,6%. Das sind 0,8 Prozentpunkte weniger für dieses Jahr und 0,2 Prozentpunkte weniger für das nächste Jahr als noch im Januar erwartet. Das mittelfristige Wachstum dürfte sich auf etwa 3,3% verlangsamen, gegenüber durchschnittlich 4,1% im Zeitraum 2004 bis 2013. Der IWF weist darauf hin, dass seine neuen Prognosen mit einer ungewöhnlich hohen Unsicherheit behaftet sind.

Was ist der IWF?

Der IWF ist eine internationale Organisation mit 190 Mitgliedstaaten, deren Ziel es ist, die internationale Währungs Kooperation zu fördern, die Finanzstabilität zu gewährleisten, den internationalen Handel zu erleichtern, zu einem hohen Beschäftigungsniveau und wirtschaftlicher Stabilität beizutragen und die Armut zu bekämpfen.

Wie handelt der IWF in einer Krise?

Um in einer Finanzkrise zu verhindern, dass ein Land zahlungsunfähig wird, das heisst seine Gläubiger nicht mehr bezahlen kann, leiht der IWF dem Land Geld, bis das Vertrauen der Anleger wieder hergestellt ist. Er verwaltet den Erhalt von Krediten sowie die Umsetzung bestimmter Wirtschaftsreformen, die im Prinzip darauf abzielen, die Verwaltung der öffentlichen Finanzen zu regulieren und langfristig ein ausgewogenes Wirtschaftswachstum herzustellen.

«Das mittelfristige Wachstum dürfte sich auf etwa 3,3 Prozent verlangsamen.»

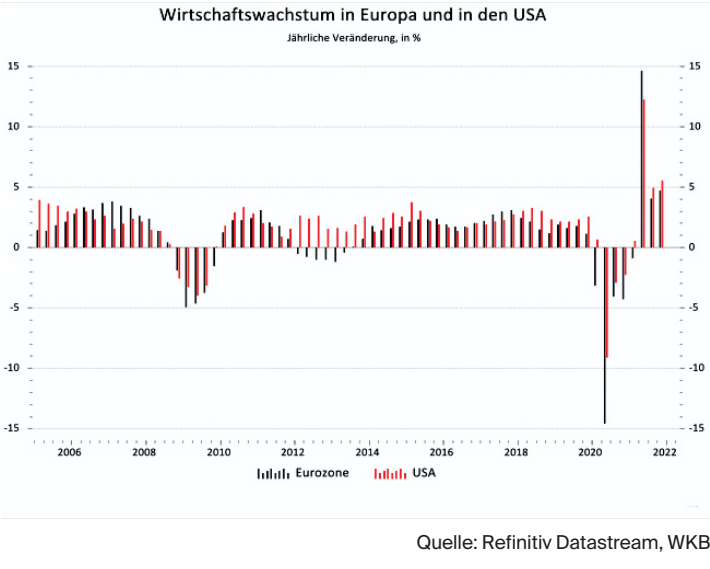
Didier Teyssiere
Kundenberater WKB

Was ist das BIP?

Das Bruttoinlandprodukt (BIP) gibt den Gesamtwert aller Waren und Dienstleistungen an, die in einem Land oder einer Region hergestellt wurden.



Didier Teyssiere
Kundenberater
Private Banking/Premium WKB



Neues WKB-Zertifikat
Investieren Sie in einen diversifizierten Korb aus Schweizer Immobilien